

07.12.2021



Drei Solidarische Nächte - Mein Fazit



Liebe Freundinnen und Freunde,

danke für Eure großartige Leistung, Dank an Dich, Franco, Dank auch an Hermann Rheindorf, an Axel und an Mani Post von ARSCH HUH, und natürlich an Nicole Freyaldenhoven und Helmut Schenk von den »Helping Hands«, ohne deren im wahrsten Sinne des Wortes »Helfende Hände« wir das sicher nicht hätten stemmen können.

Klaus Jünschke und meine Wenigkeit waren gestern auf Einladung von Christian Joisten bei der SPD-Fraktion und haben dort mit Klaus Tempski - Geschäftsführer- und Marie Kuster gesprochen in Bezug auf die Ratssitzung am 14.12.

Dafür werden wir eine Kundgebung anmelden und dazu einladen.

Dieses Gespräch mit der SPD- entsprechende Kontakte mit den Linken und mit unserer Klimafreundin Nicole Gabrysch waren vorausgegangen- waren das Ergebnis einer Gesprächsrunde mit Obdachlosen und ihren Unterstützern am Zelt auf dem Bahnhofsvorplatz, zu der uns die 6 Landtagskandidat*innen der SPD am Sonntag Abend besucht haben. Nicolin Gabrysch und Heiner Kockerbeck haben übrigens Freitag Nacht mit uns im Zelt übernachtet.

In den Forderungen sind wir im Wesentlichen einig: Ganz oben steht der Ratsbeschluss vom 14.1.2021, wonach alle Obdachlosen in abschließbaren Einzelzimmern untergebracht werden sollen. Diesen Beschluss gilt es zu erneuern. Dass dies möglich ist, zeigen die bewundernswerten »helping hands«, in deren Jugendherberge Menschen in Not ein abschließbares Einzelzimmer mit Dusche vorfinden. Wie sich die Menschen dort fühlen und wie sie den Wechsel von der Straße in eine geheizte und geschützte Umwelt erleben, können wir in dem Lokalzeit-Fernsehbericht sehen.

Nur in einem abschließbaren Einzelzimmer kann der Mensch ruhen und sich entspannen, weil er in den Massenunterkünften und auf der Straße ständig fürchten muss, überfallen und ausgeraubt zu werden, das ist meine zentrale Erfahrung nach drei Nächten »Platte«. Die Menschen, die in unser Zelt kamen, waren alle erschöpft und übermüdet und haben sich in unserem geschützten und durch einen Heizpilz leicht temperierten Raum am helllichten Tage erst einmal hingelegt und geschlafen.

Wie groß dieses Problem ist, konnten wir im letzten Jahr beobachten, als wir 20 Polen, die aus der Vorgebirgsstraße kamen, und die in dem besetzten städtischen Haus Markstraße 10 Unterkunft gefunden hatten, beim JobCenter anmelden wollten, Und es sich herausstellte, dass keiner mehr ein Ausweispapier hatte- alle geklaut. Und ohne Ausweis gibt es - leider, leider, - keine städtische Hilfe und keine Anmeldung beim JobCenter. So führt sich unser Sozialer Rechtsstaat selbst ad absurdum und am unteren Rande unserer Gesellschaft züchten wir uns eine eigene Klasse von Parias-Schattenwesen, denen wir im Vorbeigehen hier und da – uns großzügig fühlend - einen Euro in ihre Pappbecher werfen und die damit zur Stabilisierung unseres Egos beitragen. Huldvoll nehmen wir ihre Dankesbezeugungen entgegen und freuen uns über etwas Wärme in unseren ansonsten so kalten Herzen.

Menschen, die alles, was sie besitzen, am Leib tragen und in den Sammelunterkünften des SKM in der Vorgebirgsstraße mit unter die Dusche nehmen müssen, wenn sie Geld und Papiere und damit ihre Identität nicht verlieren wollen. Und es ist für mich erstaunlich, dass gerade die Kreise, die sich in unserer Gesellschaft besonders lautstark für das Privateigentum einsetzen und vor Enteignung warnen, so gründlich vergessen können, dass auch der und insbesondere die Obdachlose auf der Straße einen einklagbaren Rechtsanspruch auf Schutz nicht nur ihres Lebens und ihrer Gesundheit, sondern auch ihres Privateigentums haben, und dass dieses Privateigentum nicht bei Luxuslimousinen, Aktien und im Grundbuch eingetragenen Immobilien beginnt, sondern ganz schlicht und einfach bei dem, was wir mit uns auf der Straße tragen.

Das traurige Wunder ist für mich nicht, dass es sowas gibt - Missstände gibt es immer und überall - sondern dass wir diesen Zustand, der unsere ethischen und christlichen Werte und unser Rechtssystem grundlegend in Frage stellt, als selbstverständlich gegeben hinnehmen. Und dass gerade wir Deutschen mit unserer Erfahrung in zwei Diktaturen vergessen haben, wie schnell sich die Rechtlosigkeit - gerade auch im Bezug auf das private und ganz persönliche Eigentum - auf andere, besitzende Bevölkerungsgruppen ausdehnen kann. Hier kann ich allen Angehörigen und Anhängern der sogenannten »bürgerlichen« Parteien nur zurufen: »principiis obsta!« - »Wehret den Anfängen!«.

Nur weil unsere Gesellschaft derartig »vergesslich« ist, kann es möglich sein, dass unsere Abgeordneten im Rat, - die ja nur ein Abbild unserer Stadtgesellschaft sind - diesen Beschluss vom Januar, der also nicht einmal ein Jahr alt ist, weitgehend vergessen haben. Erst in den Änderungsanträgen von SPD und DIE LINKE taucht er wieder auf. Ja, wir sind schon wieder soweit, dass sich die Besitzenden - Geschäftsleute gegen die Eindringlinge aus Osteuropa und die Drogenkranken wehren und die Oberbürgermeisterin um Hilfe anrufen, weil diese hilflosen Menschen ihre Notdurft in den Eingängen ihrer Geschäfte erledigen. Und niemand, niemand in der großen Stadtverwaltung und auch unsere kluge und gebildete OB selbst kommt auf die Idee anzuordnen, dass die öffentlichen Toiletten wieder in Betrieb genommen werden, die vor einigen Jahren den Sparmaßnahmen zum Opfer fielen. Und auch den schlaunen Geschäftsleute von den verschiedenen Interessengemeinschaften am Neumarkt und am Eigelstein fällt nicht ein, ein Dixieklo vor ihre Geschäfte zu stellen - was zur Normalausstattung gehört, wenn dort z.B. eine Baumaßnahme stattfindet. Erstaunlich auch, dass der bekannte Innenstadtpfarrer Markus Herzberg von der Antoniterkirche auf der

Schildergasse sich im Kölner Stadtanzeiger lang und breit darüber beschweren kann, dass die Obdachlosen an seine Kirchenmauer pinkeln, aber nicht darauf kommt, dort eine Mobiltoilette aufzustellen. Was übrigens bei unserer Kundgebung auf dem Bahnhofsvorplatz zu den ersten Maßnahmen gehörte: zwei Dixieklos, eines für Frauen und eines für Männer.

Es ist in diesem Zusammenhang auch erhellend zu lesen, wie die Verwaltung unter Henriette Reker die Forderung der BV-Mülheim nach einer öffentlichen Toilette auf dem Wiener Platz - einem Verkehrsknotenpunkt, der täglich immerhin von 70 000 Menschen besucht wird - abgebürstet und diesen Wunsch zur Mülheimer Privatsache erklärt hat, den die Mülheimer bitteschön aus bezirkisdienstlichen Mitteln zu bestreiten haben, wenn sie nicht weiterhin »in die Büsche«, sprich in den Stadtgarten gehen wollen.

Es ist auch erstaunlich, wie die Ordnungsleute der Frau Beigeordneten Blome es schaffen, an den Kothaufen vorbeizuspazieren, die sich im Stadtgarten bereits wieder häufen, wenn sie beim »Bestreifen« dieser städtischen Spiel- und Erholungsstätte einem Obdachlosen einen Bußgeldbescheid über 1.000.- € an sein Zelt heften. Wenn diese städtischen Beamten sich dem wahren Missstand zuwendeten, müssten sie den Bußgeldbescheid nämlich an ihre eigene Stadtspitze schicken, denn Sauberkeit und Hygiene gehören bekanntlich zu den vornehmsten Aufgaben jeder Art von Ordnungspolizei.

Aber bei alledem handelt es sich ja in Wirklichkeit nicht um Vergesslichkeit, sondern um gezielte Vertreibungsmaßnahmen, welche die Bedürftigen aus der Stadt vertreiben sollen, wie weiland die Bettler und Flüchtigen aus den Kölner Stadtmauern und vorher beim »Schmitz Backes« auf der Vringsstross noch einmal kräftig durchgeprügelt wurden.

Ich habe nun den Auftrag, mich an die CDU und an meine lieben Grünen zu wenden, um zu erreichen, dass am nächsten Dienstag im Rat ernsthaft über eine Verbesserung der Lage der Obdachlosen verhandelt wird, und ich weiß, dass es in beiden Parteien Menschen gibt, denen das Schicksal der Armen und Kranken nicht egal ist.

Dabei bitte ich alle Menschen mit offenen Herzen um Hilfe . Es darf nicht sein, dass ,wie im vergangenen Februar ,wieder ein Mensch erfriert, nur weil wir die Hotels und Herbergen nicht rund um die Uhr aufsperrn.

Besonders getroffen hat mich in diesem Zusammenhang mein evangelischer Glaubensbruder Harald Rau, der die Sammelunterbringung auf einmal wieder verteidigt mit dem alten Argument, dass das besser sei als auf der Straße.

Das darf es nicht sein! Jetzt muss der Rat handeln, sonst handeln wir.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Kippe